

# Vossische



# Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Besug: Monatlich 3.75 M., vierteljährlich 11.25 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,80 M. u. 88 1/2%, Teuerungszuschlag Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 293

## Der neue Umschwung in Ungarn.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

\* Wien, 24. August.

Aus Budapest meldet der Sonderberichterstatter des „Neuen Wiener Tagblatts“ über die Vorgänge vor dem Rücktritt des Erzherzogs Josef und des Ministeriums Friedrich, daß Friedrich, nachdem seine Ministerkollegen bereits gestern vormittag sich für die Demission entschieden hatten, diese nicht mitunterzeichnen wollte, indem er sich darauf berief, daß das Verhältnis zwischen der rumänischen und der ungarischen Regierung sich in den letzten Tagen derart verbessert habe, daß der Rücktritt der Regierung nicht notwendig sei. Friedrich erklärte, er wolle die energielose Politik des Grafen Karolyi der Entente gegenüber, die Ungarn in die Katastrophe gestürzt habe, nicht fortzuführen, und deshalb kündigt er sich, wie gesagt, nicht um die Anerkennung oder Nichtanerkennung der Entente. Die momentane Lage erfordere es, daß die Regierung weiter auf ihrem Platze verbleibe. Nachmittags fand neuerlich ein Ministerrat statt, der aber ebenfalls ergebnislos verlief.

Inzwischen steigerte sich die Erregung unter der Bevölkerung. Abends mußten bereits vor vier Tagen fertiggestellte Plakate, daß die Entente zu Lebensmittellieferungen bewegen werden konnte, affiziert werden, um die Bevölkerung zu beruhigen.

Erst in einem neuen Ministerrat am Abend entschloß sich Friedrich, zurückzutreten, nachdem er einen Brief des Erzherzogs Josef erhalten hatte, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß Clemenceau Erzherzog Josef in einem Telegramm zum Rücktritt auffordert, weil die Entente sich weigere, mit einem Habsburger in Verhandlungen zu treten. Nun wurden die Demissionsprotokolle den Ententevertretern überreicht, welche sie zur Kenntnis nahmen, der scheidenden Regierung eine Frist von drei Tagen zur Bildung des neuen Koalitionskabinetts stellten und sie aufforderten, bis zu dessen Zusammentritt die Geschäfte weiterzuführen.

Die Verhandlungen zur Kabinettsbildung wurden sofort aufgenommen. Die größte Wahrscheinlichkeit besitzt ein Kabinett Lamassyn, an dem außer Garami noch Hayer und Reidl teilnehmen werden. Der bereits gemeldete Plan der Schaffung eines Staatsrats wird weiter in Betracht gezogen. Erzherzog Josef wird eine Abschiedsproklamation erlassen.

\* Wien, 24. August.

Die Wiener Blätter besprechen mit Genugtuung den Rücktritt des erzherzoglichen Verweisers in Budapest und ziehen aus ihm den Schluß, daß nun ein für allemal sämtliche Restaurationsbestrebungen der Habsburger auf dem Boden auch nur irgend eines Staates der ehemaligen Monarchie von vornherein aussichtslos sind. Das „Neue Wiener Tagblatt“ schreibt: Die Note an den Erzherzog Josef wird in ihrer Erregtheit gewiß nicht überschätzt, wenn man sie als eine der geschichtlichen Rundgebungen der Zeit wertet. Die Stimme Europas, verstärkt durch die Vereinigten Staaten, spricht sich gegen die monarchistische Restauration auf dem Gebiete des ehemaligen Oesterreich-Ungarns aus, da für alle Nachfolgestaaten, was die an Ungarn gerichtete Note durchleuchtet läßt, ein Zustand dauerhaften Friedens nicht gewährleistet ist, wenn die Unruhe, die von einer Restauration mit Notwendigkeit ausgeht, nicht ferngehalten wird. Die „Neue Freie Presse“ sagt: Nun endlich nach den Uebertreibungen nach links und dem Zwischenpiel nach rechts kann Ungarn den Weg betreten, der der einzig mögliche ist: den Weg der Demokratie und der Gemeinschaft aller Klassen, den Weg zum Frieden, zur Erneuerung der schaffenden Kräfte und der Heilung der tiefen Wunden. Ungarn ist zur Demokratie zurückgelehrt. In der „Arbeiterzeitung“ liest man: Die politische Entwicklung, die zu dem Sturz der Monarchie führte, die Volksrepubliken begründet hat, wird ihren Lauf nie mehr nach rückwärts nehmen. Die Völker sind frei und mündig geworden, und nie werden sie ihr Haupt unter das Joch der monarchistischen Tyrannie beugen.

in Lugano, 24. August.

Der Pariser Vertreter des „Corriere della Sera“ begrüßt den Sturz der ungarischen Regierung mit großer Befriedigung, hätte aber gewünscht, daß der Oberste Rat der Verbündeten seine an Erzherzog Josef gerichtete Aufforderung, zurückzutreten, schon früher und nicht erst nach dessen Rücktritt erlassen hätte. Der Berichterstatter warnt vor der Annahme, daß die Gefahr der Rückkehr der Habsburger schon vollkommen beschworen sei. In den reaktionären Kreisen Oesterreichs und Ungarns wolle man den Versuch einer Wiedereingliederung der Habsburger wiederholen, sobald erst eine neuerliche Vereinigung von Oesterreich und Ungarn stattgefunden habe. In Budapest soll elastischen ein gemäßigtes sozialistisches Regime aus Ruher kommen, wie es jetzt in Deutsch-Oesterreich herrscht. Auch wäre die Möglichkeit einer wirtschaftlichen und politischen Gemeinschaft der beiden Staaten gegeben, und dann würde der Augenblick einer Bewegung für die Wiederherstellung der Habsburger Monarchie erschienen sein. Dieser Plan wäre von England außerordentlich begünstigt, während Frankreich und Amerika gleichfalls für die Wiedereinrichtung Oesterreich-Ungarns, aber unter Beibehaltung der republikanischen Staatsform, seien.

Ueber die Friedensverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn erklärte der Außenminister Litkeu, immer dem Pariser Bericht

des „Corriere della Sera“ zufolge, er sei mit den finanziellen Erleichterungen, die Oesterreich-Ungarn zugestanden werden sollen, einverstanden, wenn Italien den ihm zukommenden Betrag erhält. Ueber der Widerstand werde nunmehr von Jugoslawien, Polen und der Tschecho-Slowakei erhoben, so daß die Unterzeichnung des Vertrages abermals in die Ferne gerückt sei.

## Verfrühte Besetzung Oberschlesiens?

Nach dem Friedensvertrag hat die Entente das Recht, die vorgezeichnete Abstützung in Oberschlesien durch ihre Truppen sichern zu lassen. Dieses Recht tritt selbstverständlich erst in Kraft, wenn der Friedensvertrag ratifiziert ist. Der polnische Aufstand im Zusammenhang mit der Arbeitsniederlegung in den Kohlenruben scheint in Paris den Gedanken hervorgerufen zu haben, die Besetzung zu beschleunigen. Ein Verfasser Telegramm besagt:

„Temps“ meldet, daß die interalliierte Militärmission in Oberschlesien auch die Frage zu erörtern habe, ob sich im Interesse des allgemeinen Friedens und im Einverständnis mit den deutschen Behörden nicht eine militärische Besetzung Oberschlesiens zu einem früheren Zeitpunkt als dem im Friedensvertrag vorgesehenen notwendig erweise.

Nach einer anderen Meldung soll der Amerikaner Hoover, der vorläufig noch die Leitung der europäischen Kohlenversorgung inne hat, beauftragt worden sein, die entsprechenden Unterhandlungen in Berlin zu führen. Inzwischen hat sich aber das deutsche Militär der Aufgabe vollkommen gewachsen gezeigt, die Ruhe in Oberschlesien wieder herzustellen. Zugleich ist die Wiederaufnahme der Arbeit in einem solchen Maß erfolgt, daß für den heutigen Montag mit vollen Belegschaften gerechnet wird. Unter diesen Umständen würde eine Entsendung der deutschen Truppen und ihre Erziehung durch Ententesoldaten nur neue Unruhen schaffen und die Hauptfrage Europas, die Kohlenherzeugung, mehr gefährden als fördern.

## Japan fordert Kompensationen für Kiautschau.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Amsterdam, 24. August.

Das Pressebüro Radio wird aus Peking gemeldet, daß der japanische Gesandte dem Auswärtigen Amt erklärt hat, Japan sei bereit, innerhalb zwei Jahren Kiautschau an China zurückzugeben, fordere jedoch dafür Kompensationen an anderer Stelle. Damit, setzt das Pressebüro Radio hinzu, kann nur die Mandchurei oder die Mongolei gemeint sein.

## Die Beteiligung Deutsch-Oesterreichs am Wiederaufbau.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

in Wien, 24. August.

Nach amtlicher Mitteilung sind die Verhandlungen mit der französischen Regierung über die Beteiligung deutsch-österreichischer Arbeiter am Wiederaufbau Nordfrankreichs zu einem vorläufigen Ergebnis gelangt. Bedacht besteht in erster Linie für Bau- und Metallarbeiter. Deutsch-österreichische Arbeiter werden jedoch nur dann aufgenommen, wenn nicht in dem betreffenden Fach in Frankreich selbst beschäftigungslose Arbeiter vorhanden sind. Die Löhne dürfen nicht niedriger sein als die der französischen Arbeiter, und auch sonst ist gleiche Behandlung und insbesondere volle Koalitionsfreiheit vorgesehen. Die Bezahlung für nicht gelernte Arbeiter wird ungefähr 12 Franks, für gelernte 15 Franks täglich betragen. Dabei wird angenommen, daß ungefähr zwei Drittel davon für den Unterhalt aufzuwenden sein werden; den Rest will die deutsch-österreichische Regierung an die in Deutsch-Oesterreich verbliebenen Familien der Arbeiter in Kronen auszahlen, wogegen ihr ein entsprechender Betrag auf das Wiedergutmachungskonto gutgeschrieben wird. Bezüglich der Arbeitsbedingungen ist Abstützung, ein wöchentliches Ruhepaß und vierzehntägige Kündigungsfrist ausbedungen. Die Arbeiter behalten ihre Mitgliedschaft in den deutsch-österreichischen Gewerkschaften und bestellen in jedem Betriebe Vertrauensmänner. Versammlungen werden gestattet, soweit sie nicht die allgemeine Sicherheit des Staates oder die Arbeit gefährden.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ teilt mit: Nach Informationen aus besserer französischer Quelle haben verschiedene verwüstete französische Gegenden, insbesondere das Aisne-Departement, im Auftrage der französischen Regierung Vertreter nach Deutsch-Oesterreich geschickt, die verschiedene Waren zum Wiederaufbau dieser Gegenden hier einkaufen haben. Als Gegenleistung wird das Departement Aisne Lebensmittel schicken.

## Friedrich Naumann †

Wie aus Travemünde gemeldet wird, ist dort der Abgeordnete D. Friedrich Naumann gestern gestorben.

Der ganz wenigen Wochen erst ist Friedrich Naumann unter dem Jubel der großen Mehrheit des Parteitagess zum Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei gewählt worden. Er stand nicht auf der amtlich vorbereiteten Vorschlagsliste, seine Wahl bedeutete eine siegreiche Demonstration der „Jungen“ gegen die Parteimachinerie und die Parteischablone. Und darin liegt vielleicht die beste Charakteristik, die man von Naumann geben kann: Noch in seinen reifsten Lebensjahren hat ihn die Jugend auf den Schild erhoben, nachdem er immer und in jeder Partei, der er angehörte, zu den Jungen und den Stillern gehört hat, die von den „Alten“ als Revolutionäre verfahren wurden. Dabei war Friedrich Naumann nichts weniger als ein Revolutionär. Daß er instinktiv stets sich den werdenden zuwandte, lag vielmehr gerade in seinem aufs feinste entwickelten historischen Sinn.

Die Empfindung für das Geschichtliche kann sich bei Politikern in ganz entgegengesetzter Weise bemerkbar machen. Die einen leben, obwohl sie die Notwendigkeit der Entwicklung aller Dinge begreifen, zu lange am Gewordenen. Sie repräsentieren jene Spielart des früheren preussischen Konservatismus, der um jeden Preis alles konservieren wollte, was durch Macht zu erhalten war, und der deshalb zu seinem eigenen Schaden zuließ, daß jede politische Fortentwicklung durch seine Gegner ausgenutzt werden konnte. Die anderen aber wittern die Zukunft. Sie wahren die historische Linie, weil nur folgerichtiger, langsame Aufbau ihnen Gewähr für die Dauerbarkeit des Zufünftigen zu bieten scheint. Aber jede Vergangenheit und jede Gegenwart ist für sie nur der Boden, aus dem die Reime der Zukunft spritzen, die sie mit wachem Auge vor anderen wahrnehmen.

Zu diesen hellhörigen und scharfsichtigen Zukunftstrophern gehörte der junge Theologe Friedrich Naumann, der im Jahre 1883 in die Brüderanstalt des Rauhen Hauses in Horn bei Hamburg als Oberhelfer eintrat, um im Sinne Wicherns an der praktischen sozialen Ausbildung von Jüngern der Inneren Mission mitzuwirken. Die soziale Lehre des Christentums wies den Pfarramtskandidaten in die Politik. Er schloß sich eng an Eckher an, der innerhalb der konservativen Partei am schärfsten die Auflehnung gegen das im Liberalismus herrschende Manchesterium verkörperte. Die christlich-soziale Weltanschauung war damals die Hoffnung der konservativen Jugend, der christlich-soziale Kongress und der Verein für Sozialpolitik waren die Mittelpunkte, um die unbeschadet ihrer formalpolitischen Abweichungen alle diejenigen sich gruppierten, die aus den Gegensätzen des jede soziale Gebundenheit ablehnenden Liberalismus und der die individuellen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft negierenden Sozialdemokratie auf ethischer Basis eine höhere Einheit schaffen wollten. Adolf Stöcker und Adolf Wagner waren die großen Lehrmeister eines heranwachsenden Geschlechtes, das die konservativ-preussische Staatsauffassung als den selbstverständlichen geschichtlich gegebenen Boden jeder politischen Fortentwicklung ansah. Aber sehr bald ergaben sich innerhalb der christlich-sozialen konservativen Gruppe scharfe Gegensätze. Die einen sahen als das Wesentliche die konservativ-politische, die anderen, die Jungen, zu denen Naumann gehörte, dagegen den sozialen Inhalt der christlichen Heilslehre als das Fortzuentwickelnde an. Und um die Mitte der neunziger Jahre kam es zu einer Trennung der beiden Richtungen. Am 23. November 1896 wurde zu Erfurt der nationalsoziale Verein gegründet, dem die christlichsozialen „Revisionisten“ angehörten.

Der Führer dieser Gruppe war Friedrich Naumann. Er hatte inzwischen nach seiner sozialen Ausübungszeit im Rauhen Hause in einem Weesendorf als Pfarrer amtiert und dort die Seele der Masse, für die er in Hamburg soziale Hirten ausbilden half, aus eigener Anschauung kennen gelernt. Die Lehre, die er bis dahin aus jugendlicher Begeisterung vertreten hatte, gewann hier eine festere Formung durch den Umgang mit jenen feinorganisierten in ihrer Dürftigkeit duldben und doch besinnlich dahinlebenden Proletariaten, wie sie dem sächsischen Industriebezirk eigen sind. Er war dann nach Frankfurt a. M. als Pastor gekommen, wo sich zum ersten Male vor einer großen Gemeinde jene eigenartige Verehrtheit entfalten konnte, die später die Grundlage seiner politischen Tätigkeit werden sollte. Diese Nebengabe war es auch in erster Linie, die Naumann innerhalb der nationalsozialen Gruppe die unbedingte Führerschaft brachte. Naumann als Redner ist Millionen deutscher Menschen bekannt geworden. Er war vielleicht der größte Redner, den Deutschland in den letzten Jahrzehnten gehabt hatte, keiner von dem Schlage der romantischen Meister des großen Wortes, wie Jean Jaures einer war. Seine Rede entbehrte der wichtigen Beigabe des Wohlklangs. Im Gegenteil, der Zuhörer, der ihn das erste Mal hörte, mußte sich erst an die überhohe Tonart gewöhnen, die um so merkwürdiger ammutete, als sie von einer tiefen